



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 182. Ratssitzung vom 19. Januar 2022

4884. 2021/10

Postulat von Stephan Iten (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 06.01.2021: Miete von Parkplätzen in privaten Parkhäusern als Ersatzangebot für die oberirdisch ersatzlos aufgehobenen weissen und blauen Parkplätze

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Stephan Iten (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3438/2021): Es geht nicht nur um Parkhäuser, sondern auch um Parkanlagen. Uns wurden bereits mehrmals Weisungen vorgelegt, mit denen Parkplätze auf öffentlichem Grund abgebaut wurden. Die Begründung dabei war, dass es auf privatem Grund Parkierungsmöglichkeiten gibt. Diesen Vorstoss schrieb ich, als wir die Weisung an der Hohlstrasse behandelten. Die Weisung beinhaltete die Aufhebung von sieben weissen Parkplätzen. Bei den Parkplätzen gibt es Gewerbe. Argumentiert wurde, dass auf dem privaten Surber-Areal Parkplätze stehen. Das sind keine öffentlichen Parkplätze. Sven Sobernheim (GLP) erwähnte, dass es ausserdem ein leeres Parkhaus gibt. Stets wird auch argumentiert, dass sich Besitzer von Parkierungsanlagen beklagen würden, dass sie ihre Parkplätze nicht auslasten können, dass sie viel Geld investierten und nichts einnehmen. So kam ich auf dieses Postulat: Wenn das so ist, dann müssen wir dafür sorgen, dass die Parkplätze, die auf öffentlichem Grund abgebaut werden, durch solche auf privatem Grund ersetzt werden. Der Vorstoss fordert, dass beispielsweise bei der Hohlstrasse die sieben abgebauten Parkplätze auf dem Surber-Areal, das nicht ausgelastet ist, ersetzt werden. Dafür soll das Gespräch mit den Privaten gesucht werden. Die Parkplätze müssen dementsprechend zugänglich sein. Wenn eine solche Anfrage gemacht wird, ist es wichtig, dass kein Zwang entsteht. Wenn der Parkplatzbesitzer vermieten will, ist er um ein Angebot der Stadt froh. Wenn auf privatem Grund öffentliche Parkplätze erstellt werden, dann muss darauf hingewiesen werden, dass es öffentliche Parkplätze auf privatem Grund gibt. Dafür müssen sie in der Parkleit-App aufgenommen werden.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Wir sehen es nicht als Kernaufgabe des Staats, Parkplätze auf privatem Grund zu mieten. Wenn solche Parkplätze der Öffentlichkeit zu gleichen Konditionen wie die Parkplätze in der Blauen Zone angeboten werden sollen, würde das für die Stadt und die Steuerzahlenden teuer werden, da eine beträchtliche Preisdifferenz besteht. Die Anwohnerparkkarte für die Blaue Zone kostet heute 300 Franken pro Jahr, womit sie sehr günstig ist. Auch im Vergleich mit anderen Städten ist die konkurrenzlos günstig. Der Stadtrat machte dem Gemeinderat einen Vorschlag für eine neue Parkkartenverordnung. Die Idee dahinter war, dass auch das Nachtparkieren neu etwas kosten



soll. Im November stimmte die Bevölkerung dem kommunalen Richtplan Verkehr zu. Darin wird festgehalten, dass Parkplätze in der Blauen Zone künftig nur den Personen zur Verfügung gestellt werden sollen, für die am Wohn- oder Arbeitsort keine Möglichkeit besteht, privaten Parkraum zu nutzen. Das ist das sogenannte Bieler Modell. Die Vorgaben im Richtplan sind behördenverbindlich. Der Stadtrat nahm darum seine Weisung zurück. Wir arbeiten an einem neuen Vorschlag für die Parkkartenverordnung auf Basis des Bieler Modells. Die Idee hinter dem Postulat wäre nicht ohne Weiteres umsetzbar. Es ist unsicher, ob private Eigentümerinnen ihre Anlagen zur Verfügung stellen würden. Beim Ersatz von gebührenpflichtigen weissen Parkplätzen würden sich diverse Fragen stellen: Wie soll beispielsweise die Zahlungsinfrastruktur gelöst werden und wie funktioniert die Abrechnung mit den privaten Anbieterinnen? Es gibt viele offene Fragen.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Wir haben es wieder mit einer selektiven Wahrheit zu tun. Es wird auf das Bieler System hingewiesen. Das gilt aber nicht für die weissen Parkplätze. Die 300 Franken für die Parkplätze in den Blauen Zonen wurden erhöht. Es gibt Absichten, diesen Betrag weiter zu erhöhen. So günstig sind diese Parkplätze also nicht. Weiter wird behauptet, dass die Einmietung auf Kosten der Steuerzahler geht. Warum wird man dann gezwungen, privat zu höheren Kosten einzumieten? Weil Parkplätze abgebaut werden. Wenn der Stadtrat dem Steuerzahler nicht schaden will, dann gibt es eine einfache Methode: Es dürfen keine Parkplätze mehr abgebaut werden.

Pascal Lamprecht (SP): Die SP steht ganz klar zu Freiräumen für alle im öffentlichen Raum. Deshalb ist es vernünftig, wenn Autofahrerinnen und Autofahrer ihr Auto in Parkieranlagen und Parkhäusern abstellen, seien es private oder öffentliche. Ähnlich wie es Stadträtin Karin Rykart ausführte, sind wir nicht der Meinung, dass es eine staatliche Aufgabe ist, die Parkplätze über die Verwaltung auf Kosten der Steuerzahler zu mieten. Gerade der Mittelteil des Postulats ist aus unserer Sicht sehr nebulös. Uns ist nicht ganz klar, was genau gewünscht wird. Wir überlegten uns eine Textänderung, konnten aber keinen guten Rank finden.

Dominique Zygmunt (FDP): Es ist sehr löblich, dass ein konstruktiver Vorschlag für die Schaffung von mehr Parkplätzen vorliegt. Denn das Bedürfnis an Parkplätzen verschwindet ja nicht mit deren Abbau. Leider hat sich die FDP aber dafür entschieden, das Postulat abzulehnen. Wir sind noch nicht überzeugt, dass das die richtige Lösung ist. Auch ist es eine Lösung für ein Problem, dass die bürgerliche Seite nicht verursacht hat. Es leuchtet uns nicht ein, dass Parkplätze in der Blauen Zone und in der weissen Zone abgebaut werden. Das sind doch Parkplätze, die einem spezifischen Bedürfnis der Parkierenden entsprechen. Jetzt schlägt das Postulat konstruktiv vor, diese Parkplätze in Parkhäuser oder in parkhausähnliche Anlagen zu verschieben. Das ist für uns etwas anderes. Bei Personen, die in einem Parkhaus parkieren, liegt ein anderes Mobilitätsbedürfnis vor, als bei jemandem, der aufgrund von spezifischen Mobilitätsbedürfnissen nahe am Haus parkieren muss. Solche Parkplätze mit Parkplätzen in Parkhäusern zu ersetzen, löst das Problem nicht, das durch den Parkplatzabbau ausgelöst wird. Wir arbeiten da-



3 / 3

ran, uns konstruktiv einzubringen. Mit diesem Postulat können wir leider nicht einverstanden sein.

Das Postulat wird mit 16 gegen 97 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat